

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand GJSH (dort beschlossen am: 07.03.2025)

Titel: Ombudsstrukturen stärken!

Antragstext

1 Die Ombudsstellen von Bündnis 90/Die Grünen spielen eine zentrale Rolle in der
2 Bearbeitung von Konflikten und Vorwürfen von sexualisierter Gewalt innerhalb der
3 Partei und ihrer Gliederungen. In Schleswig-Holstein haben wir uns mit dem
4 Fürsorgekonzept auf den Weg gemacht, diese Struktur zu institutionalisieren und
5 zu professionalisieren.

6 Als feministische Partei muss es unsere oberste Priorität sein, besonders
7 innerhalb unserer eigenen Strukturen konsequent gegen patriarchale Gewalt
8 vorzugehen.

9 Um sicherzustellen, dass Ombudsstellen ihrer Aufgabe gerecht werden, bedarf es
10 einer strukturellen Überarbeitung und Weiterentwicklung. Da sich Betroffene
11 möglicherweise nicht an die Ombudsstelle des Landes wenden, weil es eine
12 unvermeidbare Nähe zu vermeintlichen Tätern gibt, setzen wir uns aus Schleswig-
13 Holstein heraus für eine bundesweite Weiterentwicklung dieser wichtigen
14 Anlaufstellen ein.

15 **1. Verbesserte Datenerhebung zur Ombudsarbeit**

16 Um fundierte Entscheidungen über die Weiterentwicklung der Ombudsstellen und
17 präventiver Maßnahmen zu treffen, ist eine umfassende Datenerhebung
18 erforderlich. Dabei sollen folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

19 1. Erhebung zu Art und Umfang von Verfahren, um strukturelle
20 Herausforderungen zu identifizieren.

21 2. Erhebung zu den Erfahrungen von Betroffenen und Beschuldigten nach

22 Ombudsverfahren, um die Wirksamkeit der bestehenden Strukturen zu
23 evaluieren.

24 3. Erfassung des Problems durch eine umfassende Befragung von Mitgliedern,
25 Vorständen und Mitarbeitenden aller Ebenen sowie Abgeordnetenbüros, um ein
26 vollständiges Bild der Herausforderungen zu erhalten.

27 **2. Präventive Maßnahmen zur Verbesserung der Parteikultur**

28 Eine Umfassende Datenerhebung ermöglicht es uns, unsere Präventiven Maßnahmen
29 Zielgruppenorientiert zu etablieren. Um präventiv für ein gutes Miteinander frei
30 von Diskriminierung und Übergriffen zu sorgen, braucht es:

31 2.1 Verpflichtende Sensibilisierungsschulungen mit Fokus auf Machtgefälle für
32 alle Mandatierte, alle Personalverantwortlichen sowie Landes- und
33 Bundesvorstände.

34 2.2 Maßnahmen zur Prävention weiterer Übergriffe durch bereits beschuldigte
35 vermeintliche Täter, um Betroffene besser zu schützen.

36 2.3 Schulungen von Kreisvorständen zum Umgang mit betroffenen und den
37 bestehenden Strukturen, um einen qualifizierten Erstkontakt sicherzustellen.

38 **3. Grundrahmen für die Arbeit der Ombudsstellen**

39 Um eine einheitliche und effiziente Ombudsarbeit sicherzustellen, braucht es
40 verbindliche Standards und Richtlinien:

41 3.1 Definition der Aufgaben und Kompetenzen der Ombudsstellen in einer
42 verbindlichen öffentlichen Satzung.

43 3.2 Ein grundlegender Fahrplan für die Verfahren, damit sowohl die Betroffenen
44 als auch die Beschuldigten wissen, was sie erwartet.

45 3.3 Unabhängigkeit der Ombudspersonen durch klare Trennung von parteiinternen
46 Hierarchien.

47 3.4 Sicherung der finanziellen und personellen Ressourcen bundesweit, um eine
48 professionelle Arbeit in allen Landesverbänden zu gewährleisten.

49 Die Ombudsstellen von Bündnis 90/Die Grünen leisten bereits jetzt einen
50 wichtigen Beitrag zur Konfliktbewältigung und zum Schutz vor Diskriminierung
51 innerhalb der Partei. Die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Datenerhebung, zur

52 Prävention und zur Standardisierung der Ombudsarbeit sind essenziell, um ihre
53 Wirksamkeit nachhaltig zu verbessern.

Antrag in leichter oder einfacher Sprache

Wird nachgereicht.

Begründung

Die Ombudsstellen von Bündnis 90/Die Grünen sind wichtig für Konflikte und Fälle sexualisierter Gewalt innerhalb der Partei. Aber es gibt Schwachstellen, die dringend verbessert werden müssen. Mit mehr Mitgliedern steigt die Verantwortung, klare Strukturen und Schutzmechanismen bereitzustellen, um eine angenehme Parteikultur für alle zu schaffen.

Das können wir als Landesverband nicht allein schaffen. Die Ombudsstellen in den einzelnen Landesverbänden sind unterschiedlich. Einige haben feste Anlaufstellen, in anderen gibt es kaum Strukturen. Wir müssen sicherstellen, dass überall der Schutz vor sexualisierter Gewalt und die Bearbeitung von Vorwürfen gewährleistet ist.

Dafür brauchen wir Daten. Wir müssen herausfinden, wie viele Fälle es gibt, welche Herausforderungen auftreten und wie gut die bestehenden Strukturen funktionieren. Eine Erhebung hilft auch dabei, Maßnahmen zur Vorbeugung zu verbessern. Wir müssen wissen, wo die größten Probleme liegen. Dann können wir effektive Schulungen entwickeln. Und alle Ebenen der Partei können Verantwortung übernehmen, von den Kreisverbänden bis zur Bundesebene.

Unterstützer*innen

Niklas Binder (KV Schleswig-Flensburg), Robert Wlodarczyk (KV Herzogtum Lauenburg), Malena Trede (LV Grüne Jugend Schleswig-Holstein), Ben Jasper Kasch (KV Pinneberg), Ann-Kathrin Tranziska (KV Pinneberg), Zoé Engel (KV Kiel), Melissa Sieber (KV Schleswig-Flensburg), Jesper Ole Berg (KV Lübeck), Lenny Joe Christiansen (KV Ostholstein), Carola Köster (KV Schleswig-Flensburg), Lorenz Mayer (KV Segeberg), Martin Kolanus (KV Herzogtum Lauenburg), Aksel Leimbach (KV Stormarn), Claudia Linker (KV Flensburg)